



Fraktion
im Verbandsgemeinderat Nieder-Olm
Birkenweg 10
Nieder-Olm, 25. Juni 2018
☎ 06136/2336

Offener Brief

Herrn Bürgermeister
Ralph Spiegler
Pariser Straße 110
55268 Nieder-Olm

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spiegler,

wir sind sehr betroffen und verwundert über Ihren Brief vom 15. Juni 2018.

Als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm sind sie sowohl Chef der Verwaltung als auch Vorsitzender des Rates. Ihre Aufgabe als Vorsitzender des Rates ist es, die Sitzungen nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung neutral zu leiten. Dies setzt professionelles Handeln voraus.

Sie als Chef der Verwaltung tragen die Verantwortung für alles, was die Verwaltung erarbeitet und entscheidet. Der Bereich Integration und Bürgerdienste gehört zu Ihrem Dezernat. Nicht nur als Verwaltungschef, sondern auch als Leiter des Dezernats tragen Sie deshalb auch Verantwortung dafür, dass der Verbandsgemeinderat darüber informiert wird, wie die der Verwaltung durch den Rat übertragenen Aufgaben umgesetzt werden. Diese Verantwortung erstreckt sich auch auf die Abteilungsleitung in Person Ihrer Frau, die für den Bereich Integration und Bürgerdienste zuständig ist.

Was sich in der letzten Verbandsgemeinderatssitzung am 14. Juni 2018 im Zusammenhang mit dem Bericht der Integrationsbeauftragten abgespielt hat, war ohnegleichen: Offensichtlich haben Sie die Mitarbeiterin Ihres Hauses einen Integrationsbericht vortragen lassen, der aus unserer Sicht wenig strukturiert und unvollständig war. Vor allem wurden zum eigentlichen - schon seit geraumer Zeit bekannten - Problem der Zusammenarbeit der Mitarbeiterin der Verwaltung mit den Ehrenamtlichen und den Flüchtlingen keine Ausführungen gemacht. Es wäre die Aufgabe von Ihnen und der zuständigen Abteilungsleiterin gewesen, in Vorbereitung der besagten Ratssitzung dafür Sorge zu tragen, dass ein Bericht erstellt und vorgetragen wird, der diesen Umständen in vollem Umfang Rechnung trägt. Dabei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass es sich um ein außerordentlich sensibles Thema in vielschichtiger Weise handelt.

Letztlich tragen Sie also die Verantwortung für den unvollkommenen Bericht und die sich daraus ergebenden Kritikpunkte der Ratsmitglieder. Die Tatsache, dass auch aus den Koalitionsfraktionen im Verlauf der Diskussion Kritik- und Verbesserungsvorschläge gemacht wurden, wie z. B. der Vorschlag, zukünftig Quartals- oder Halbjahresberichte durch die Integrationsbeauftragte abgeben zu lassen, zeigt, dass im Hinblick auf die Thematik offenbar erheblicher Informations- und Diskussionsbedarf seitens des Rates vorhanden ist.

Es steht zu vermuten, dass Ihnen nach der Ratssitzung klar wurde, dass Sie selbst und die Verwaltung einen erheblichen Anteil am Verlauf der Sitzung zu dem besagten Tagesordnungspunkt hatten. Es wäre deshalb angemessen gewesen, wenn Sie selbstkritisch den Bericht und den Diskussionsverlauf beleuchtet hätten. Sie haben jedoch den Weg der Konfrontation mit den Mitgliedern des Rates gewählt, in dem Sie mit Ihrem Brief vom 15. Juni 2018 versuchen, von der eigenen Verantwortung abzulenken und Anderen die Schuld an der Situation geben.

Verantwortliches Handeln eines Bürgermeisters als Chef der Verwaltung und Sitzungsleiter sieht nach unserer Ansicht anders aus!

Die Redner der CDU-Fraktion fühlen sich jedenfalls durch Ihren Brief zu Unrecht angegriffen und empfinden den Brief als Drohung. Den Nachsatz in Ihrem Schreiben, wenn „diese Bitte ignoriert wird, können wir die Angelegenheit auch gerne öffentlich diskutieren“, kann jedenfalls auch als Versuch der Einschüchterung verstanden werden. Er zeugt von wenig Respekt gegenüber allen Ratsmitgliedern.

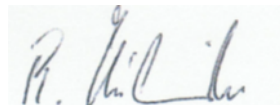
Jedenfalls sind wir der Auffassung, dass Kritikpunkte in öffentlicher Ratssitzung angesprochen werden müssen. Wir wiederholen hierzu gerne noch einmal unsere Ausführungen in der Verbandsgemeinderatssitzung, in der wir darauf hingewiesen haben, dass Argumente – gerade auch kontroverse - im Rat selbst und damit in der Öffentlichkeit und nicht „im stillen Kämmerlein“ auszutauschen sind. Die von Ihnen und Ihrer Koalition auch schon in anderen öffentlichen Sitzungen vorgetragene Kritik „dies gehört nicht in diesen Rat“ ist absolut fehl am Platze und zeugt nicht gerade von einem demokratischen Verständnis und dem Respekt von Ansichten und Meinungen Anderer. Der Rat ist schließlich der zentrale Ort, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Argumente der Ratsmitglieder ein Bild machen können.

Zum Thema „Respekt“, erlauben wir uns im Übrigen darauf hinzuweisen, dass dies insbesondere auch für Sie als Bürgermeister und Sitzungsleiter gilt. Nicht zu Ihrem diesbezüglichen Anspruch an Andere passt Ihr eigenes Verhalten in den Ratssitzungen, wenn Sie sich während der Redebeiträge vor allem der Oppositionsfraktionen mit Ihrem Handy beschäftigen, wie übrigens auch in der in Rede stehenden Sitzung. Den Respekt, den Sie von Anderen einfordern, müssen Sie diesen auch durch Ihr eigenes Verhalten entgegenbringen. Auch Sie sollten deshalb Ihr Verhalten selbstkritisch überprüfen. Schließlich liegt auch die Sitzungsleitung in Ihren Händen, die überdies Neutralität erfordert.

Wir erwarten deshalb von Ihnen, dass Sie Ihr Verhalten gegenüber den Ratsmitgliedern überdenken und sich öffentlich entschuldigen.

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass wir der Kommunalaufsicht auch Ihren Brief vom 15. Juni 2018 in Kopie vorlegen und um ihre Einschätzung zum Inhalt bitten werden, insbesondere im Hinblick auf den Nachsatz „wenn diese Bitte ignoriert wird, können wir die Angelegenheit auch gerne öffentlich diskutieren“.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Küchenmeister
Vorsitzender



Paul-Michael Lottermann
stellvertretender Vorsitzender